

*Michael Quante*

## EINLEITUNG: GERECHTE KRIEGE, HUMANITÄRE INTERVENTIONEN?

Nach fast einem halben Jahrhundert Abwesenheit ist er zurückgekehrt in die deutsche Realität: in das deutsche Bewusstsein, die deutschen Medien und vor allem auch die deutsche Politik. Der Krieg ist wieder präsent, auch für deutsche Soldaten. Es wird wieder gekämpft und gestorben. Zwar nicht ‚auf eigene Rechnung‘, sondern unter dem Banner internationaler Verbände oder Bündnisse. Aber immer für die gute und gerechte Sache.

Territorial ist der Krieg nach dem Ende des zweiten Weltkrieges von Westeuropa weiterhin fern geblieben. Aber die Vorgänge im ehemaligen Jugoslawien haben den Krieg doch wieder bedrohlich nahe gerückt. Auch die massiven Terrorschläge gegen die USA haben uns allen verdeutlicht, dass weder Krieg noch Terror sich beschränken lassen auf die unterentwickelten, politisch instabilen Regionen dieser Welt. Natürlich hat es auch nach dem Ende des zweiten Weltkrieges permanent bewaffnete Konflikte gegeben. Und hätte man sich nicht darauf geeinigt gehabt, dass der Krieg generell zu ächten ist, wären viele dieser Krisen, Konflikte oder bewaffneten Auseinandersetzungen vermutlich auch als das bezeichnet worden, was sie immer waren: als Krieg. Doch in Westeuropa hat es – paradoxer oder zynischer Weise unter dem Schutzmantel des ‚kalten Krieges‘ der Systeme mit ihrer massiven Abschreckung – eine Zone frei von bewaffneten Konflikten oder Kriegen gegeben. Dass die Kosten für dieses Abschreckungssystem, welches uns über viele Jahrzehnte einen kalten Frieden beschert hat, in der ‚Dritten Welt‘ genau zu der Armut und den politischen Instabilitäten beigetragen hat, die heute allenorten beklagt werden, haben viele nicht hören, nicht wissen wollen.

Der ‚kalte Krieg‘ ist nach dem Zusammenbruch des Ostblocks mit seiner Pseudoutopie eines real existierenden Sozialismus vorbei. Weggefallen ist damit der äußere Druck, der die nach dem ersten und zweiten Weltkrieg nicht wirklich beseitigten oder gar erst neu geschaffenen Probleme niedergehalten hat. Als Konsequenz haben sich, auch in unserer Nähe, wieder kriegerische Auseinandersetzungen sowie das ganze Spektrum von Gräueltaten und Grausamkeiten abgespielt, die uns in

Deutschland eigentlich nur noch über historische Dokumente oder eben Berichte aus den unterentwickelten Regionen der Welt bekannt waren.

Die räumliche Nähe dieser Konflikte der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts sowie das Ausmaß des Terrors gegen den Bündnispartner USA zu Beginn des neuen Jahrhunderts lassen es jetzt als unmöglich erscheinen, sich aus der weltpolitischen Verantwortung zu ‚stehlen‘. Der nach der Wiedervereinigung von DDR und Westdeutschland geänderte Status Deutschlands sowie das veränderte Selbstverständnis über die eigene Rolle in den Vereinten Nationen taten ein übriges. Die Frage nach der mittelbaren und unmittelbaren Beteiligung deutscher Soldaten an bewaffneten Auseinandersetzungen sowie Schutz- oder Befriedungsaufträgen stand und steht im Raum. Als Konsequenz daraus ergibt sich die Frage danach, ob Krieg ein legitimes Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele oder zum Schutz der Menschenrechte sein kann. Diese Auseinandersetzung traf nicht nur die Mitglieder der deutschen Regierungen von 1992 und 1998 sowie die Mitglieder der an den jeweiligen Regierungskoalitionen beteiligten Parteien hart und stellenweise unvorbereitet. Auch diejenigen deutschen Intellektuellen, die als die politischen Instanzen der deutschen Öffentlichkeit angesehen werden können, mussten sich erst einmal in die neuen und unliebsamen Fragen eindenken, von liebgewordenem Prinzipiellen Abstand nehmen und anfangen, in den schwierigen Details sich zurecht zu finden.

Gleiches gilt für die philosophische Auseinandersetzung mit diesem Thema in Deutschland. Der gerechte Krieg war nicht nur juristisch und ethisch diskreditiert, er war auch philosophisch kein Thema. Doch die Maßnahme, nun nicht mehr von Krieg zu reden, sondern eben von bewaffneten Konflikten, Kriseneinsätzen oder gar humanitären Interventionen, kann keine sinnvolle Problemlösung sein. Vor allem den Begriff der ‚humanitären Intervention‘ zeichnet eine verharmlosende Doppeldeutigkeit aus. Auf der einen Seite gebraucht, um das Ziel der Intervention: die Verteidigung von Humanität und die Durchsetzung von Menschenrechten zu umschreiben, transportiert dieser Begriff auf der anderen Seite auch die Vorstellung, die Intervention selbst könnte ‚human‘ sein. Unterstützt von der medienwirksamen Darstellung ‚chirurgischer‘ Eingriffe oder des Einsatzes von ‚smart bombs‘ wird die Grausamkeit und das Leid, welches auch mit solchen Interventionen unvermeidlich einhergeht, semantisch verschleiert. Neben dem Verzicht auf Bodentruppen in Kampfeinsätzen und einer damit ermöglichten Kriegsführung, die weitgehend frei ist von eigenen Verlusten, kann dies als eine zweite Dimension der politischen Akzeptanzbeschaffung angesehen werden. Dabei handelt es sich um eine Dimension, die zugleich auch die Gefahr in sich trägt, die ethische Brisanz und Schmerzhaftigkeit des Themas zu verdecken.

Angesichts der deutschen Rolle in den beiden Weltkriegen und den damit einhergehenden Erfahrungen kann es nicht verwundern, dass die Vorstellung eines gerechten Krieges, die von den Siegernationen des zweiten Weltkrieges weitgehend ungebrochen tradiert wurde und wird, in Deutschland wenig populär war und ist.